

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Stellungnahme des Netzwerkes für eine kämpferische und demokratische ver.di zum Streik des Öffentlichen Dienstes

Nein zu Arbeitszeitverlängerungen! Streikbewegung weiter aufbauen!

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di hält den Tarifabschluss des Öffentlichen Dienstes zur Arbeitszeit in Hamburg für ein schlechtes Ergebnis. Für die Mehrzahl der Beschäftigten bedeutet dies eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit. Durch die Staffelung und unnötiges aufsplitten der Arbeitszeit, wird eine weitere Spaltung in den Belegschaften herbeigeführt. Da die durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 38,8 Stunden steigt, werden die Arbeitgeber den Arbeitsplatzabbau verstärken.

Nur 42 Prozent der ver.di-Mitglieder stimmten in Hamburg für diesen „Kompromiss“. Die Mehrheit lehnte das Ergebnis in der Urabstimmung ab! Sie wussten, dass mehr drin gewesen wäre. Die Streikbeteiligung war sehr gut. Kurz vor dem Abschluss hatte ver.di die Beschäftigten der Bezirksämter Anfang März zu einer mehrtägigen Arbeitsniederlegung aufgerufen. Es hätten sich auch hier wieder viele beteiligt. Zudem hätte der Streik in Hamburg noch weiter ausgedehnt werden können. Wenn Vorbereitungen getroffen worden wären, den Elbtunnel und den Flughafen (am Besten angefangen mit dem Frachtverkehr) zu bestreiken, hätte ein ungleich höherer Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden können!

Die ver.di-Führung macht einen Fehler, wenn sie die Beschäftigten eines Tarifgebietes zu diesem Zeitpunkt aus dem Streik herausnimmt. In Baden-Württemberg wurden die Verhandlungen abgebrochen, weil die Arbeitgeberseite die Wochenarbeitszeit auf durchschnittlich 39,7 Stunden anheben wollte. Das ist eine unglaubliche Provokation! Die in Aussicht gestellten, mit der Wochenarbeitszeit zu verrechnenden, 2500 Ausbildungsplätze waren an keine tariflichen Regelungen gebunden. Wenn jetzt Thüringens Ministerpräsident Althaus in der BILD am Sonntag vom 5.3.2006 verkündet, dass die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden angehoben werden sollte und weitere Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut werden müssten, so ist klar, dass dieses „Angebot“ der KAV Baden-Württemberg nicht von langer Dauer ist; die Menschen werden bewusst belogen! Wenn Mannheims OB Widder, der KAV-Verhandlungsführer in Baden-Württemberg ist, den Müll von privaten Firmen entsorgen lässt mit Hinweis auf die Vogelgrippe, so ist offensichtlich, dass mit den Ängsten der Bevölkerung gespielt wird, da das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat! Jetzt ist es nötig, die Streikbewegung des Öffentlichen Dienstes weiter aufzubauen. Alle streikbereiten Betriebe müssen nun in den Arbeitskampf einbezogen werden. Weitere Betriebe sollen streikbereit gemacht werden. Nur wenn die Kampfkraft voll genutzt wird, können Verschlechterungen verhindert und der Streik gewonnen werden.

Der Beginn der Metall- und Elektro-Tarifrunde bietet die Möglichkeit, dass die beiden mitgliederstärksten Gewerkschaften, IG Metall und ver.di, gemeinsam kämpfen können. Diese Chance sollte nicht verpasst werden!

Das Hamburger Ergebnis bedeutet für die meisten Arbeitszeitverlängerung

Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 – 9 bis 49 Jahre ohne Kinder bis 12 Jahren arbeiten 39 Stunden in der Woche. Dies dürfte wohl einen Großteil der Beschäftigten treffen, denn viele der Beschäftigten sind unter 49 Jahren, sind in den Entgeltgruppen 1 – 9 eingruppiert und haben keine Kinder unter 12 Jahren mehr. Für diese Beschäftigungsgruppe heißt es also zukünftig eine halbe Stunde in der Woche mehr zu arbeiten. Für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 – 9 bis 49 Jahren mit einem Kind unter 12 Jahren bleibt alles beim alten. Für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 – 9 über 50 Jahre gilt mit der neuen Regelung die 38 statt die 38,5 Stunden-Woche. Da mit der für die meisten Beschäftigten beschlossenen Verlängerung der Arbeitszeit weiterer Arbeitsplatzabbau droht, sind die Stellen der über 50-jährigen auf Basis der neuen Regelung

besonders gefährdet , da Jüngere länger arbeiten und in den Entgeltstufen billiger sind.

Bei den Beschäftigten in den höheren Entgeltgruppen sieht es noch viel krasser aus.

Die Beschäftigten der Entgeltgruppen 10 und 11 bis 55 Jahren ohne Kinder bis 12 Jahren müssen sogar 39,5 Stunden in der Woche leisten. Beschäftigte bis 55 Jahren mit einem Kind bis 12 Jahren müssen in diesen Entgeltgruppen 39 Stunden in der Woche arbeiten. Beschäftigte ab 56 Jahren müssen hier 39 Stunden ableisten.

Dies bedeutet eine Verschlechterung für alle Beschäftigten in den Entgeltgruppen 10 und 11.

Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 12 – 15 Ü sind sogar noch schlechter dran. Diese müssen mit einem Kind bis 12 Jahren 39,5 und ohne Kind 40 Stunden in der Woche arbeiten.

Es bleibt also festzustellen , dass sich der Tarifabschluss für die Mehrzahl der Beschäftigten negativ auswirkt. Außerdem dürfte es bei einer Umsetzung in die Praxis zu erheblichen Schwierigkeiten kommen, wenn fast jeder Beschäftigte eine andere Wochenarbeitszeit hat. Der Neid unter den Beschäftigten wird hierdurch auch nur weiter geschürt .

Für die Ausdehnung des Streiks in Baden - Württemberg und bundesweit

Für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,8 Stunden in Hamburg und anderswo sind wir nicht auf die Straße gegangen. Wir haben für eine Beibehaltung der 38,5 Stundenwoche für **alle** Beschäftigten gestreikt und nicht für die Annahme eines solch faulen Kompromisses. Wir fordern daher alle anderen Tarifgebiete auf, den Hamburger Abschluss nicht zu übernehmen und mit aller Kraft für die Verteidigung der 38,5 Stundenwoche einzutreten!

In Baden-Württemberg wollten die Arbeitgeber ver.di erpressen und durchschnittlich 39,7 Wochenstunden durchsetzen. Nachdem sich ver.di darauf nicht einließ, sind in Stuttgart auf Beschluss der Gemeinderatsmehrheit , Private Dienste zur Müllentsorgung eingesetzt worden. Ver.di ruft nun auch die Beschäftigten der Kitas und Krankenhäuser zu neuen Streikmaßnahmen auf. Sinnvoll wäre zudem der Brückenschlag zu den Beschäftigten der Müllverbrennungsanlagen. Am Montag, den 6. März findet in Stuttgart eine Großdemonstration statt. Am Besten zusammen mit den MetallernInnen, die in Nordwürttemberg-Nordbaden am 1. März mit Warnstreiks begonnen haben. Sie kämpfen in diesem Tarifgebiet ebenfalls gegen Arbeitszeitverlängerung und Stellenstreichungen. Schließlich soll die „Steinkühler-Pause“ (acht Minuten Erholzeit für Bandarbeiter) gestrichen werden.

Die Mehrheit der Presse, die Springer, Holtzbrinck und Co. gehört, wettet mit Vehemenz gegen die Streikenden. Darum ist es dringend erforderlich , die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. Mit Hilfe von Infoständen in den Stadtteilen und Flugblattverteilaktionen muss vermittelt werden, dass sich der Streik gegen weitere Arbeitsplatzvernichtung wendet. Die Verteidigung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie ist im Interesse aller Beschäftigten und Erwerbslosen.

Bei den Länderbeschäftigten und BeamtlInnen wollen die Arbeitgeber auf Arbeitszeiten von bis zu 40 Wochenstunden und mehr beharren. Darum darf es keinen Abschluss für die Kommunalbeschäftigten geben, solange die Tarifgemeinschaft der Länder ihre harte Linie beibehält.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di hatte vor der Annahme des neuen Tarifvertrages im öffentlichen Dienst (TVöD) gewarnt. Abgesehen von der Einführung von leistungsbezogenen Lohnbestandteilen und anderen Fallstricken sind die Länderbeschäftigten außen vor gelassen worden. Kaum war der TVöD von der ver.di-Spitze als „Jahrhundertwerk“ gepriesen worden, kündigten die Arbeitgeber die Arbeitszeitregelungen. Damit ist der heutige Kampf gegen Arbeitszeitverlängerungen eine Folge der Fehler, die der TVöD enthält. Fehler, die die Gewerkschaftsführung gemacht hat.

Jetzt gilt es, die Herausforderung in diesem Arbeitskampf anzunehmen und die Kampfbereitschaft voll zu nutzen. Zudem darf die Gelegenheit nicht verpasst werden, mit den Beschäftigten in der Metallindustrie gemeinsam Widerstand gegen die Arbeitgeberprovokationen zu leisten. Auf dieser Basis wäre es möglich, wieder in die Offensive zu kommen. Statt weiterer Arbeitszeitverlängerungen und Stellenabbau wäre die 35-Stunden-Woche als erster Schritt zu weiterer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich nötig. So könnten endlich neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitshetze verringert werden.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di ist darüber hinaus der Ansicht, dass sich alle kritischen KollegInnen zusammentun sollten, um darauf hinzuwirken, dass die Gewerkschaften zu echten Kampforganisationen werden. Außerdem ist eine Demokratisierung notwendig - angefangen damit, dass es keinen Abschluss ohne mehrheitliche Zustimmung der ver.di-Mitglieder geben darf.

Für den Sprecherrat : Alexander Brandner a.brandner@netzwerk-verdi.de